Bericht 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 16. Bis 18. November 2021 in der Messe Erfurt GmbH

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

vom 16. Bis 18. November tagte in der Messe Erfurt die 41. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

Kollegin Karin Kühl und ich haben unsere Stadt als stimmberechtigte Teilnehmer dort vertreten.

Alles, das Gesamtpaket, bestehend aus der schönen Stadt Erfurt, der Messe Erfurt, der Organisation dieser Veranstaltung, der Sicherheitsregelungen im Zusammenhang mit Corona, der Kontrolle und Durchsetzung dieser und manches mehr, war absolut stimmig und nötigt Hochachtung ab.

Mit bleibenden Eindrücken und um neue, auf die Zukunft unserer Städte ausgerichtete Denk- und Planungsansätze bereichert, gäbe es eigentlich viel Interessantes zu berichten, wir wollen uns jedoch hier und heute auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Zunächst einige kurze erklärende Informationen zum Wesen einer solchen Hauptversammlung.

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ des Deutschen Städtetages. Sie tagt alle zwei Jahre unter dem Vorsitz des Präsidenten/der Präsidentin an wechselnden Orten.

Die Hauptversammlung setzt sich aus 750 bis 800 Delegierten zusammen, entsandt von den Mitgliedstädten **und** den außerordentlichen Mitgliedern.

Ein großer Teil der Anwesenden waren Oberbürgermeister, Bürgermeister, Mitarbeiter von Verwaltungen und Ehrenamtler wie wir.

Gastgeber der Veranstaltung ist neben dem Städtetag immer eine der Mitgliedsstädte des Verbandes.

Im Zentrum der mehrtägigen Zusammenkunft stehen Reden des Präsidenten/der Präsidentin und der Bundespolitik, des weiteren Gesprächsrunden in thematischen Foren, ebenso Wahlen des/der Präsidenten/in, des/der Vizepräsidenten/in sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des/der Präsident/in.

Der Deutsche Städtetag

- vertritt die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte,
- ist im Gespräch mit der Bundesregierung, mit Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen,
- nimmt Einfluss auf die Gesetzgebung,
- achtet auf die kommunale Selbstverwaltung, die im Grundgesetz garantiert ist.

Die Themen sind breit gefächert,

von „A“ wie Arbeit und Soziales bis „W“ wie Wohnen und Bauen.

Zwei davon, nennen wir es auch Ansagen, greife ich schon mal auf:

(Ich zitiere den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, aus seiner Rede während der Hauptversammlung am 17.11.)

„Ohne kommunale Investitionen kann die Ampel blinken wie sie will, die Klimapolitik des Bundes bleibt dann bloßes Papier.“

Oder:

(Aus der Rede des neu gewählten Präsidenten des Deutschen Städtetages, Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster)

„Wir brauchen Maßnahmen, die wirken. Wir brauchen jetzt die Impfpflicht in sensiblen Bereichen, um gefährdete Gruppen zu schützen. (...)“

Die Städte sind bereit, Impfstellen, mobile Impfteams und Impfzentren zu organisieren. Dazu benötigen sie klare Ansage von Bund und Ländern, welche Rolle die Städte beim Impfen übernehmen sollen..“

Die geschäftsführende Bundeskanzlerin war am 17.11. per Livestream mit einem Grußwort zugeschaltet, der Ministerpräsident Thüringens Bodo Ramelow hielt am selben Tag im Plenum eine bemerkenswerte Rede.

Dieser Deutsche Städtetag stand unter dem zentralen Motto:

„Was das Leben ausmacht“, u n d dieses Motto einhergehend mit der Fragestellung: Wie wollen wir in unserer Stadt leben?

Ich werde mich jetzt nicht in die philosophische Tiefe des Mottos begeben bzw. über soziologische Aspekte der zentralen Fragestellung polemisieren.

Fakt ist jedoch eines, und dies erlaube ich mir zusammenfassend als **eine** wichtige Erkenntnis aus den drei Tagen in Erfurt festzuhalten:

Es ist angesagt, manches, einiges, im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung unserer Städte **und** Innenstädte neu zu denken.

Einkaufszentren, Parkplätze, Parkhäuser und ähnliche Projekte haben keine erfolgversprechende, belebende bzw. wiederbelebende Perspektive mehr.

Großzügig angelegte autofreie Zonen sollten kein Tabuthema mehr sein bzw. ein Thema, womit man sich schwer tut. Die Stadt Erfurt hat es uns das vor Augen geführt.

Vielen von ihnen ist Erfurt sicher bekannt.

Die gesamte Strecke vom Hauptbahnhof über den Anger bis zum Domplatz ist eine solche autofreie Zone.

Entlang dieser Strecke floriert der Einzelhandel. Wenig Leerstand war beobachtbar. Und die Menschen sind unterwegs.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der 41. Deutsche Städtetag hat einstimmig eine bedeutsame Erklärung verabschiedet: Die „**ERFURTER ERKLÄRUNG**“.

Diese enthält zehn Grundpositionen, mit denen die Städte auf den Transformationsprozess in der Gesellschaft reagieren und diesen möglichst auch selbst steuern wollen.

„Unsere Städte stehen vor gigantischen Herausforderungen“, sagte der neugewählte Städtetagspräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister in Münster.

Lassen Sie mich diese zehn Grundpositionen darlegen, das komplette Dokument wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Die Städte in Deutschland ...

1. WOLLEN DIE LEBENSQUALITÄT VOR ORT VERBESSERN

2. WOLLEN DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT
SICHERN

3. WOLLEN DEN KLIMASCHUTZ NOCH STÄRKER VORANTREIBEN

4. WOLLEN WIRKSAMER UMSTEUERN IN DER VERKEHRSPOLITIK

5. WOLLEN DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR LEBENDIGE
ZENTREN SETZEN

6. WOLLEN MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

7. WOLLEN BILDUNGSCHANCEN UND CHANCENGERECHTIGKEIT
SICHERN

8. WOLLEN INNOVATIVE UND MODERNE DIENSTLEISTER SEIN

9. WOLLEN IHRER ROLLE IN EUROPA UND DER WELT GERECHT
WERDEN

10. BRAUCHEN FÜR ALL DIESE ZIELE STABILE FINANZEN UND ENTSCHEIDUNGSSPIELRÄUME

Der Investitionsbedarf sei so riesig, dass er nur durch einen höheren Anteil am Steuerauskommen finanziert werden könne.

Die Finanzpolitik von Bund und Ländern müsse der zentralen Rolle der Städte Rechnung tragen.

„Wie wollen dieses Land mitgestalten, dafür brauchen wir Geld“, sagte der neugewählte Vizepräsident des Dt. Städtetages, OB Burghard Jung aus Leipzig.

Als Gastgeber betonte Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein die Harmonie der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.

„Über die Parteigrenzen hinweg gibt es eine konstruktive Zusammenarbeit“, sagte er. „Das wünsche ich mir auch für Bund und Länder.“ Das Zusammentreffen der zirka 800 Teilnehmenden sei auch in Pandemiezeiten mit Kontaktbeschränkungen wichtig gewesen. Und Bausewein weiter: „So konnte auf kurzem Wege Vieles direkt besprochen werden.“ Für ihn ist die Großveranstaltung, die „de facto unter der 2Gplus-Regel“ (geimpft oder genesen plus zusätzlich

angebotene Schnelltests) durchgeführt wurde, auch ein gelungenes Beispiel dafür, wie in Pandemiezeiten erfolgreich Veranstaltungen durchgeführt werden können.